

A n t w o r t

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Denis Alt und Benedikt Oster (SPD)
– Drucksache 17/7812 –

Nachhaltige Mobilität in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/7812** – vom 23. November 2018 hat folgenden Wortlaut:

Im Bundesländerindex Mobilität belegt Rheinland-Pfalz einen führenden 3. Platz im Länderranking. Der Bundesländerindex Mobilität & Umwelt 2018/2019 wird im Auftrag der Allianz pro Schiene, des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR) erstellt. Er untersucht im Ländervergleich die fünf großen verkehrspolitischen Themen Verkehrssicherheit, Lärminderung, Flächenverbrauch, Klimaschutz und Luftqualität. Dabei werden amtliche statistische Daten ausgewertet und die politischen Zielsetzungen in den Ländern bewertet. Die jährliche Untersuchung zeigt auf, welche Gestaltungsmöglichkeit die Bundesländer in der Verkehrspolitik haben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Umfang beteiligt sich die Landesregierung an der Erstellung des Bundesländerindex Mobilität?
2. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung jeweils hinsichtlich der fünf angesprochenen verkehrspolitischen Themen, und welche Maßnahmen wurden zur Erreichung der jeweiligen Ziele bereits unternommen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 17. Dezember 2018 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Index wird im Auftrag der drei Verbände Allianz pro Schiene, Bund für Umwelt und Naturschutz und Deutscher Verkehrssicherheitsrat durch das Forschungsinstitut Quotas erstellt. Die Landesregierung ist an der Erstellung des Index nicht beteiligt.

Zu Frage 2:

Die fünf Ziele sind die Verringerung des Flächenverbrauchs, die Lärminderung, der Klimaschutz, die Verkehrssicherheit und die Verbesserung der Luftqualität. Diese Ziele werden von der Landesregierung unterstützt und durch Aktionspläne, Investitionen, Studien, beim Betrieb der Infrastruktur und durch andere verkehrsplanerische oder ordnungspolitische Maßnahmen vorangebracht. Im Einzelnen können insbesondere genannt werden:

Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch in Rheinland-Pfalz ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, insbesondere bei den Verkehrsflächen. Ein möglichst sparsamer Flächenverbrauch bei infrastrukturell notwendigen Projekten wird durch zahlreiche Planungsvorschriften im Bereich des Verkehrswegebbaus, aber auch durch Maßnahmen in Bezug auf den Bau von Wohn- und Gewerbegebäuden gewährleistet.

Lärminderung

Auch zur Lärminderung hat die Landesregierung vielfältige Maßnahmen ergriffen, insbesondere in Bezug auf:

- den Bau von Ortsumgehungen,
- Lärmschutzmaßnahmen (aktiv und passiv) an Straßen und Schienenstrecken,
- die Erneuerung des Fahrzeugparkes im SPNV im Zuge des Rheinland-Pfalz-Taktes,
- die Prüfung und Einführung von Tempo 30 innerorts,
- Lkw-Fahrverbote in der Nacht und lärmbedingte Geschwindigkeitsbegrenzungen,
- die Förderung des Fahrradverkehrs,
- die Unterstützung der Gemeinden bei der Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung nach der EU-Umgebungslärmrichtlinie.

b. w.

Klimaschutz und Luftqualität

Die Senkung der Treibhausgasemissionen und von gesundheitsschädlichen Emissionen ist ein wichtiges Ziel der Verkehrspolitik in Rheinland-Pfalz. Diesem Ziel können beispielhaft folgende Maßnahmen zugeordnet werden:

- Die Verbesserung des Angebots und der Qualität des öffentlichen Verkehrs, der wesentlich geringere Emissionen aufweist als Privat-Pkw. Hier sind auch tarifliche Maßnahmen wie etwa das Semesterticket für Studierende zu nennen. Zwischen 2008 und 2017 konnte der Anteil des öffentlichen Verkehrs in Rheinland-Pfalz um 2 Prozentpunkte gesteigert werden.
- Die Stärkung des Fahrradverkehrs. Auch der Anteil des Radverkehrs stieg zwischen 2008 und 2017 um 2 Prozentpunkte.
- Die Unterstützung der Unternehmen bei der Modernisierung der Busflotte und der Kommunen bei der Planung und Umsetzung von Verkehrskonzepten zur Luftreinhaltung.
- Die Stärkung der Binnenschifffahrt und des Schienengüterverkehrs durch Maßnahmen zur Verbesserung der Häfen und durch Förderung von Investitionen.
- Die Förderung des Mitfahrens, z. B. durch den Bau von Mitfahrparkplätzen.

Verkehrssicherheit

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit tragen unter anderem folgende Maßnahmen der Landesregierung bei:

- der Bau von Ortsumgehungen und die Sanierung von Ortsdurchfahrten,
- der Bau von Radwegen und die Beseitigung von Bahnübergängen,
- die bauliche Beseitigung von Unfallschwerpunkten durch den Landesbetrieb Mobilität,
- regelmäßige Verkehrsschauen und Sicherheitsaudits,
- zielgruppenspezifische Maßnahmen zur Verkehrserziehung, Information oder Fahrtraining,
- kontinuierliche Analyse des Unfallgeschehens in enger Abstimmung mit der Polizei,
- der Bau und Betrieb von Verkehrsbeeinflussungsanlagen auf den Autobahnen und die Veröffentlichung von Verkehrslageinformationen und Verkehrsmeldungen.

Dr. Volker Wissing
Staatsminister